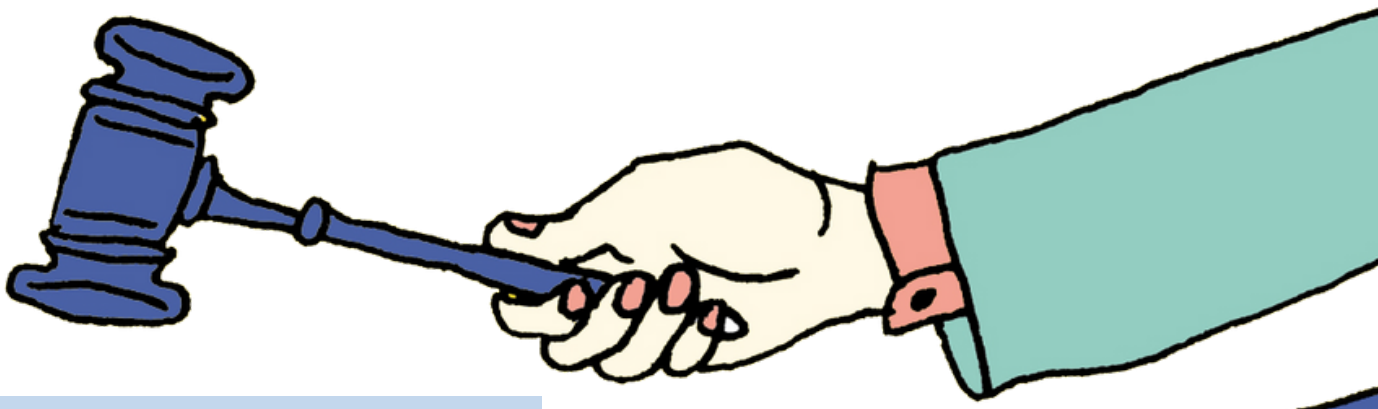
CIDSE
together for global justice



ILLUSTRIERTES GLOSSAR ZUR KAMPAGNE ACCESS TO JUSTICE

Für Opfer unternehmerischer Gewalt: Was bedeutet das und warum brauchen wir ein europäisches Gesetz?

Dieses Glossar ist eine Initiative der CIDSE-Arbeitsgruppe für Unternehmensregulierung und Rohstoffgewinnung und wird im Rahmen der Kampagne über den Zugang zur Gerechtigkeit für Betroffene von unternehmensbezogenen Menschenrechtsverstößen veröffentlicht.

Verfügbar in DE – EN – ES – FR – IT - NL.
Illustrationen: Bhakti Mills,Pouce-pied,pouce-pied.com
Gestaltung und Layout: CIDSE
Kontakt: Giuseppe Cioffo, Beauftragter für Unternehmensregulierung und Rohstoffförderung - cioffo(at)cidse.org
CIDSE–Rue Stévin16–B-1000 Brussels
T:+32(0)22307722 – www.cidse.org

Der Inhalt liegt in der alleinigen Verantwortung von CIDSE und spiegelt nicht unbedingt die Ansichten der Europäischen Union wider.

© 2021 CIDSE

INHALT

Wertschöpfungsketten 5
Abhilfemaßnahmen 7
Gesetzliche Haftung 9
Zugang zum Rechtssystem 11
Beweislastumkehr 13
Sorgfaltspflichten 15
Sorgfaltsmaßnahmen 16

Aktivitäten von Unternehmen tragen allzu oft weltweit zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden bei. Die Leidtragenden von negativen Auswirkungen sind vielfach Arbeiter/innen, ihre Familien, lokale Gemeinschaften und indigene Völker. Lebensräume und natürliche Ressourcen werden gefährdet.

Dennoch wird den Betroffenen Gerechtigkeit und Entschädigung für erlittene Schäden häufig vorenthalten. Unternehmen nutzen komplexe Strukturen und rechtliche Schlupflöcher, um sich ihrer Verantwortung zu entziehen.

Im Jahr 2021 wird die Europäische Kommission ein Gesetz vorschlagen, das Unternehmen rechtlich zur Verantwortung ziehen und betroffenen Gemeinschaften Zugang zu Gerechtigkeit verschaffen kann. Als europäische Bürger/innen müssen wir einfordern, dass dieses europäische Gesetz Menschen weltweit und den Planeten tatsächlich schützt.

Alle Unternehmen, die Produkte und Dienstleistungen in der Europäischen Union produzieren, handeln oder verkaufen, sollen in die Verantwortung genommen werden.

Mit diesem Glossar sollen sieben Schlüsselbegriffe und Themen, die für die erwartete europäische Gesetzgebung zu Unternehmensverantwortung eine Rolle spielen, anschaulich erklärt werden.

Alles durchgelesen? Werde aktiv und kontaktiere Europaabgeordnete deines Landes, damit sie Betroffene beim Zugang zu Recht und Gerechtigkeit unterstützen.

WERTSCHÖPFUNGSKETTEN

Bis ein Produkt bei uns in den Regalen liegt, hat es oftmals einen sehr langen Weg über viele Länder hinweg – eine sogenannte globale Lieferkette – hinter sich. Diese Lieferkette reicht von dem ersten Material, zum Beispiel dem Abbau eines Metalls, über zahlreiche Unternehmen und Bearbeitungsschritte bis hin zum Endprodukt. Ein Mobiltelefon kann von einem chinesischen Unternehmen unter Verwendung von Materialien aus Zentralafrika hergestellt werden, während Design, Verpackung und Marketing vor allem in den USA entwickelt wird.

Der Wert eines Endprodukts setzt sich aus vielen einzelnen Schritten und Beiträgen zusammen.

Aus diesem Grund wird dieser Zusammenhang von Aktivitäten als Wertschöpfungskette bezeichnet.

Wertschöpfungsketten erstrecken sich oft über den ganzen Globus und umfassen Unternehmen in verschiedenen Ländern. Bei Verstößen gegen Menschen- und Umweltrechte kann es sich daher auch auf mehrere Glieder dieser Kette verteilen.

Aufgrund der Komplexität von Wertschöpfungsketten brauchen wir ein europäisches Gesetz, das die rechtlichen Verantwortlichkeiten der verschiedenen Akteurinnen und Akteure entlang von Wertschöpfungsketten klärt und festschreibt.

Die Cerrejón-Kohlemine in Kolumbien: Unternehmen drücken sich vor ihrer Verantwortung

Die Cerrejón-Kohlemine ist eine der größten Tagebauminen der Welt. Sie liegt im Norden Kolumbiens und wird von lokalen Tochtergesellschaften internationaler Bergbaugiganten wie BHP, Glencore und Anglo-American betrieben, die ihren Sitz in Großbritannien, der Schweiz bzw. Australien haben.

Die Mine hat seit drei Jahrzehnten verheerende Auswirkungen auf ihr Umfeld. Giftiger Staub und verschmutztes Wasser haben die Gesundheit der lokalen Bevölkerung schwer beeinträchtigt. Dennoch haben sich die genannten Unternehmen bisher ihrer Verantwortung für die verursachten Schäden entzogen. Der Betrieb der Mine wurde unter Nichtbeachtung mehrerer kolumbianischer Gerichtsurteile fortgeführt. Forderungen prominenter Menschenrechtsexpertinnen und -experten der Vereinten Nationen blieben unbeachtet.

Die Wertschöpfungskette der Cerrejon-Kohle umfasst u.a. irische Unternehmen wie ES Band CMC. Da es keine entsprechenden internationalen Rechtsnormen gibt, war es bisher nicht möglich, diese europäischen Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen.

PETROLEUM
PIPELINE
CORP
REPAIR

ABHILFEMASSNAHMEN

Wenn die Aktivitäten von Unternehmen zu Umweltschäden oder Menschenrechtsverletzungen beitragen oder diese verursachen, sollten betroffene Personen und Gemeinschaften - etwa auch indigene Völker - Zugang zu Rechtsmitteln haben. Um fair und effektiv zu sein, sollten solche Abhilfemaßnahmen nicht nur den Schaden ausgleichen, sondern auch sicherstellen, dass die schädlichen Handlungen nicht wiederholt werden und der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt wird.

Abhilfemaßnahmen sind völlig unzureichend, wenn sie dem Unternehmen erlauben, mit den Aktivitäten weiterzumachen, die den Schaden überhaupt erst herbeigeführt haben.

Expert/innen sind sich einig, dass finanzielle Wiedergutmachung allein für die Betroffenen oft zu kurz greift.

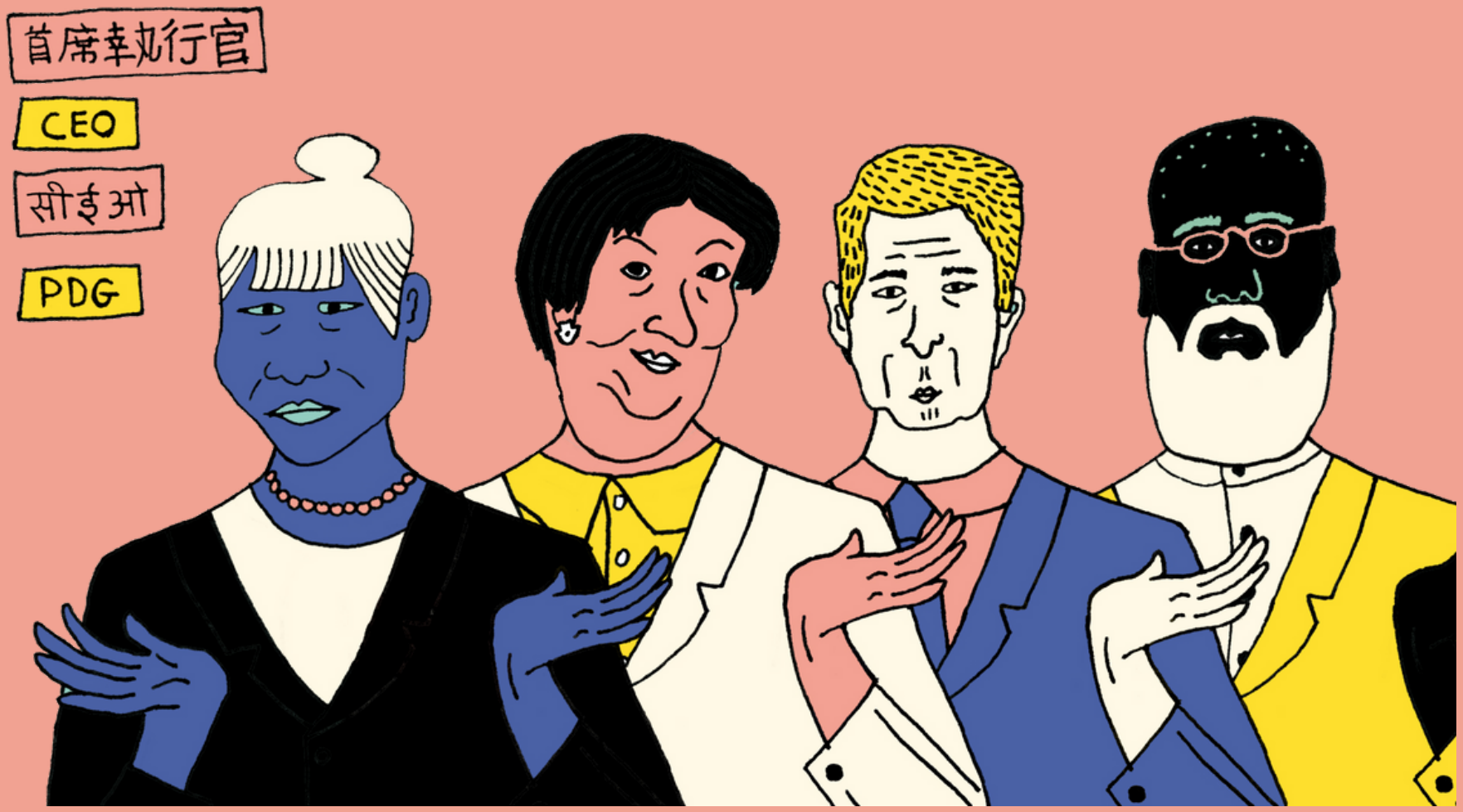
Schadensersatz wird den Betroffenen von den verantwortlichen Unternehmen oft erst nach sehr langwierigen Verhandlungen gewährt oder durch Gerichtsurteile erzwungen.
Deshalb brauchen wir ein europäisches Lieferkettengesetz, das die Rechte der Betroffenen auf Wiedergutmachung anerkennt.

Der Dammbruch von Brumadinho in Brasilien: Der Kampf der Betroffenen für Wiedergutmachung

Im Jahr 2019 brach der Rückhaltedamm einer Eisenerzmine in Brumadinho. Dadurch wurden große Mengen an giftigem Bergwerksschlamm freigesetzt, der sich auf das umliegende Land und in den Paraopeba-Fluss ergoss. Die betroffenen Gemeinden hatten viele Todesopfer (259 Tote wurden offiziell bestätigt) zu beklagen. Darüber hinaus wurden ihr Land und ihre kleinbäuerlichen Betriebe zerstört.

Das brasilianische Unternehmen Vale, das die Katastrophe verursacht hat, wurde von den brasilianischen Behörden zu einer Entschädigungszahlung von mindestens 7 Milliarden Dollar verpflichtet.

Die Betroffenen haben aber auch in Deutschland Ansprüche gegen das Zertifizierungsunternehmen TÜV SÜD angemeldet. Der Damm war von TÜV SÜD im Auftrag von Vale nur wenige Wochen vor dem Desaster überprüft und für sicher erklärt worden. Wenn deutsche Gerichte TÜV SÜD für mitverantwortlich erklären, muss das Unternehmen sich ebenfalls an der Wiedergutmachung beteiligen.


首席幸丸行官
CEO
सीईओ
PDG

GESETZLICHE HAFTUNG

Haftung für Schäden sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein: Wenn ein Unternehmen selbst einen Schaden verursacht oder dazu beiträgt, soll es dafür Verantwortung übernehmen und Schadensersatz leisten. Die Aufgabe der Justiz ist es festzustellen, dass der Schaden tatsächlich das Ergebnis von Handlungen oder Versäumnissen eines mutmaßlichen Verursachers war.

Die Feststellung solcher Verantwortung ist im Fall von Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen oft sehr schwierig. Durch die Komplexität von Wertschöpfungsketten ist oft nicht klar belegbar, wer genau wofür verantwortlich war. Schaden kann auch indirekt von Konzernzentralen verursacht werden, etwa über Richtlinien oder geduldete Praktiken.

Wer als bloßer Einkäufer/in agiert, hat formal keine große Einflussmöglichkeit - in der Geschäftsbeziehung ist er/sie aber dennoch in einer sehr mächtigen Position. Über Praktiken im Einkauf können die Handlungen von Zulieferern durchaus beeinflusst werden. Werden Kostensenkungen erzwungen, kann dies beispielsweise zu unsachgemäßer Abfallentsorgung oder zu unmenschlichen Arbeitsbedingungen führen.

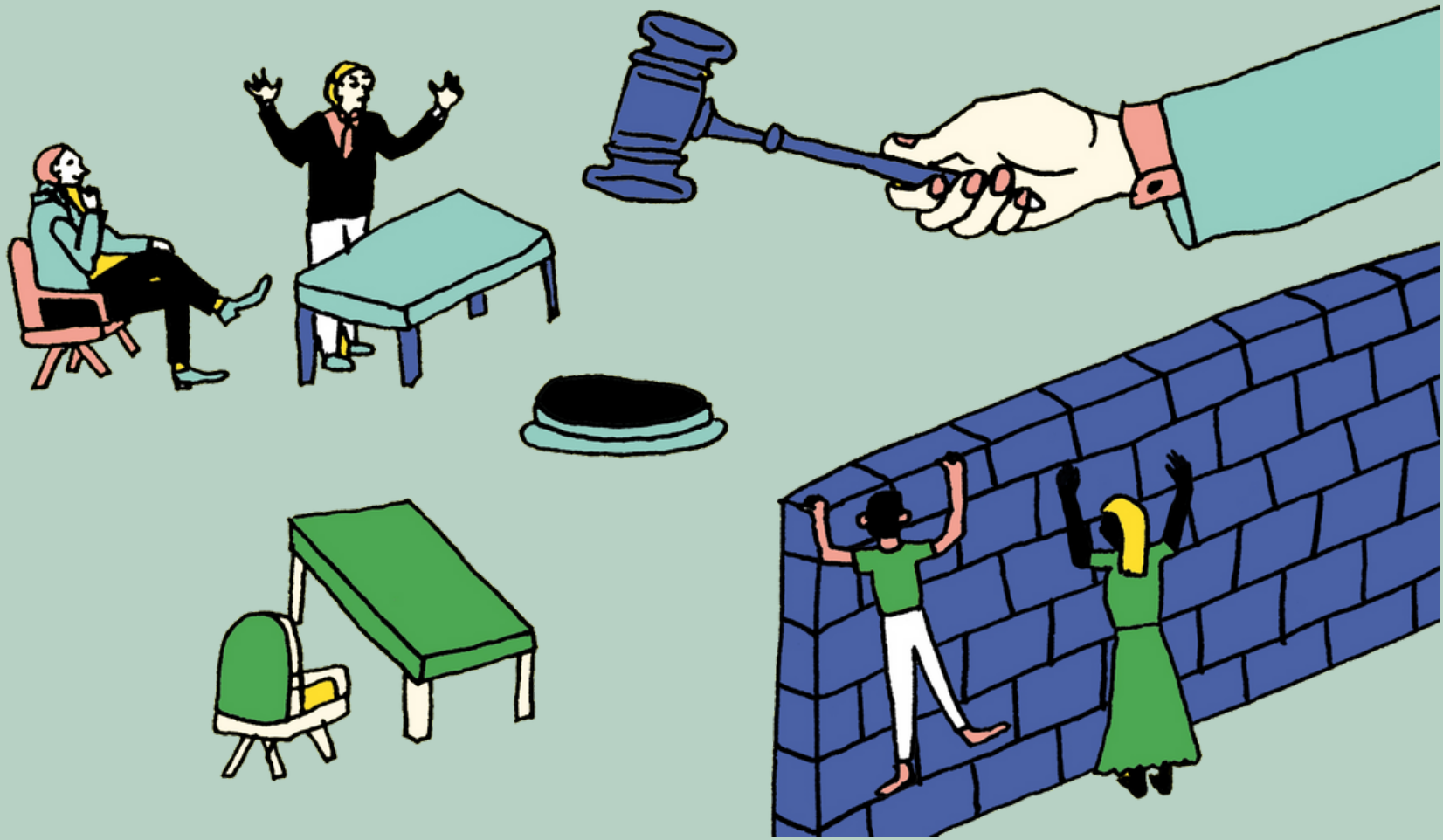
Die Haftung für Schäden ist ein Grundprinzip in den meisten Rechtssystemen. Unternehmen in globalen Wertschöpfungsketten können sich ihm dennoch oft entziehen. Deshalb brauchen wir ein europäisches Lieferkettengesetz, das eine gesetzliche Haftung für gesamte Lieferketten ermöglicht, sodass die tatsächlich Verantwortlichen für Schäden zur Rechenschaft gezogen werden können.

Der Dammbruch von Brumadinho in Brasilien: Geteilte Verantwortung

Unternehmen können auch dann für eingetretene Schäden verantwortlich sein, wenn sie mit den Vorgängen vor Ort nicht direkt befasst sind.
Im Fall der Staudammkatastrophe von Brumadinho in Brasilien war das brasilianische Unternehmen Vale direkt und unmittelbar für die Wartung des betroffenen Dammes zuständig.

Dennoch kann sie nicht allein als Verantwortliche für den Dammbruch angesehen werden, da der deutsche Zertifizierer TÜV SÜD den Damm noch wenige Wochen vor dessen Bruch für stabil erklärt hatte.

Obwohl TÜV SÜD nicht direkt in den täglichen Betrieb der Mine und des Staudamms involviert war, hätte die Katastrophe vermieden werden können, wenn es das Bauwerk für unsicher erklärt hätte.



ZUGANG ZUM RECHTSSYSTEM

"Der englische Begriff access to justice bezeichnet die Möglichkeiten der/des Einzelnen oder einer Gruppe, effektiven Zugang zum Rechtssystem zu haben, um etwa Schadenersatz einfordern zu können. Obwohl der gleichberechtigte Zugang zum Recht ein Grundprinzip der Rechtsstaatlichkeit ist, ist er in der Praxis nicht immer gegeben.

Im Falle von Rechtsverletzungen durch Tochtergesellschaften multinationaler Konzerne ist es für Betroffene schwer, echten Zugang zum Recht zu bekommen. Grenzüberschreitende Gerichtsverfahren sind von Natur aus teuer und kompliziert.

Besonders wenn Betroffene versuchen, eine Klage bei Gerichten im Sitzstaat des Mutterkonzerns einzubringen, entstehen erhebliche Kosten: Reisen, Übersetzungen, Rechtsbeistand etc.

Betroffene Gemeinschaften versuchen diese Hürden mit der Hilfe von Aktivistinnen und Aktivisten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Pro-Bono-Anwält/innen zu überwinden. Im Gegensatz dazu haben multinationale Konzerne die Mittel, teure Expertenteams zu engagieren und können das System zu ihrem Vorteil nutzen.

Um Opfern von Menschenrechtsverletzungen den Zugang zur Justiz zu erleichtern, könnten Kläger/innen, die sich keinen Rechtsbeistand leisten können, vom Gericht Rechtsvertreter/innen zur Verfügung gestellt bekommen oder Unterstützung bei den Verfahrenskosten erhalten. Sehr hilfreich wäre es auch, wenn die Möglichkeiten für Sammelklagen von Betroffenen erweitert würde oder diese von Organisationen vertreten werden könnten (z. B. Gewerkschaften). Ebenso könnte die Sammlung von Informationen und Beweisen erleichtert werden.

Wir brauchen Gesetze, die Hürden für den Zugang zum Rechtssystem beseitigen und das Machtungleichgewicht zwischen Betroffenen und Unternehmen ausgleichen.

Ölverschmutzungen im Nigerdelta: Gemeinsame Verantwortung

Vier Nigerianer/innen klagten den niederländischen Ölkonzerns Shell, da sein Tochterunternehmen Shell Nigeria Ölverschmutzungen im Nigerdelta-Fluss verursacht hatte.

Im Jahr 2021 entschied ein niederländisches Gericht, dass Shell Niederlande für den Schaden mitverantwortlich ist, da es den von seiner nigerianischen Tochtergesellschaft verursachten Schaden nicht verhindert bzw. auch nichts zu dessen Behebung getan hatte.

Dieses Urteil gilt als Meilenstein. Es war das erste Mal, dass ein europäisches Gericht anerkannte, dass eine Muttergesellschaft für die Handlungen einer Tochterfirma haftbar gemacht werden kann.

BEWEISLASTUMKEHR

Beweislast nennt man die Pflicht eines Klägers, ausreichende Beweise vorzulegen, um ein Argument oder eine Anschuldigung zu beweisen. In zivilrechtlichen Prozessen muss üblicherweise die Person, die einen Anspruch z.B. auf Schadenersetz erhebt, diesen Nachweis führen. Die rechtliche Verantwortung eines Unternehmens für einen eingetretenen Schaden zu beweisen, ist in globalen Wertschöpfungsketten sehr schwierig. Wenn Unternehmen grenzübergreifend über Lieferbeziehungen in Kontakt stehen oder in Tochter- und Mutterunternehmen aufgegliedert sind, wird es schier unmöglich, Zugang zu entsprechenden Informationen zu bekommen und Sachverhalte eindeutig zu beweisen.

Eine vom Europäischen Parlament beauftragte Studie kam zu dem Schluss, dass die Frage der Beweislast ein Haupthindernis für Betroffene von unternehmensbezogenen Menschenrechtsverstößen ist, wenn sie Zugang zu Recht und Gerechtigkeit suchen. Die Europäische Grundrechteagentur hat deshalb empfohlen, die Beweislast zwischen Kläger/innen und Beklagten gerechter zu verteilen. Dies insbesondere dann, wenn ein Opfer beweisen soll, dass ein Unternehmen von einem anderen kontrolliert wird.
Macht und Informationszugang stehen in einem groben Missverhältnis, wenn Betroffene Wiedergutmachung von Schäden von Unternehmen verlangen.

Darum brauchen wir ein europäisches Lieferkettengesetz, das den Betroffenen den Zugang zum Recht erleichtert. Dazu gehört auch die Möglichkeit eine Beweislastumkehr. Das heißt, dass nicht der/die Kläger/in, sondern das Unternehmen gewisse Beweise erbringen muss.

Ölverschmutzungen im Nigerdelta: Die Bedeutung von Beweisen

Royal-Dutch Shell fördert seit mehr als fünfzig Jahren Öl im nigerianischen Nigerdelta und hat dabei gut dokumentierte Ölverschmutzungen in der Region verursacht.

Im Jahr 2009 brachten nigerianische Bäuerinnen und Bauern einen Prozess gegen Royal-Dutch Shell in den Niederlanden ein. Im Zuge dieses Prozesses argumentierte das Unternehmen, dass es für die Handlungen seiner nigerianischen Tochtergesellschaft nicht verantwortlich sei. Um nachzuweisen, dass die Muttergesellschaft tatsächlich die Kontrolle über ihr Tochterunternehmen hatte, war eine große Menge an technischen Informationen notwendig, die aber größtenteils in den Händen des Unternehmens lagen.

Das niederländische Gericht argumentierte zunächst, dass die Kläger/innen zu beweisen hätten, dass Royal-Dutch Shell tatsächlich die Kontrolle über ihre Tochtergesellschaft hatte. Das Gericht lehnte es ab, die Beweislast von der klagenden auf die beklagte Partei zu verlagern.

Später erkannte ein höheres Gericht an, dass es für klagenden nigerianischen Farmer faktisch unmöglich gewesen wäre, die notwendigen Informationen zu erhalten, die in den Händen des Unternehmens lagen.

SORGFALTSPFLICHTEN

Wenn für ein Unternehmen vorhersehbar ist, dass eine Aktivitäten Schaden verursachen, so muss es vorbeugend Maßnahmen ergreifen, um dies zu verhindern. Dieses Konzept wird als Sorgfaltspflicht bezeichnet.

Dieser Grundsatz erscheint selbstverständlich, ist aber nicht immer gesetzlich verankert. Darum gibt es oftmals keine ausreichende rechtliche Grundlage für eine Klage, wenn Unternehmen es an angemessener Sorgfalt fehlen lassen.

Manche Länder, darunter auch EU-Mitgliedsstaaten, haben begonnen, diese Rechtslücken mit nationalen Gesetzen zu schließen. 2017 verabschiedete Frankreich ein das *Loi de Vigilance*, das spezifische Sorgfaltspflichten für große Unternehmen vorsieht.

Viele Schäden hätten verhindert werden können, wenn Unternehmen gesetzlich verpflichtet gewesen wären, in ihre Tätigkeiten sorgfältiger zu überprüfen und Missstände zu beheben. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass im EU-Recht Sorgfaltspflichten für Unternehmen verankert werden.

Sorgfaltspflichten – von weltweiter Bedeutung

Die Aktivitäten europäischer Unternehmen wurden mit Umweltschäden, Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen in vielen Ländern in Verbindung gebracht: in Brasilien, Bangladesch, der Elfenbeinküste, Nigeria und anderen mehr.

Die Verankerung von Sorgfaltspflichten im europäischen Recht würde Unternehmen dazu anhalten, sich vorbeugend mit möglichen Schäden der Aktivitäten ihrer Zulieferer und Tochterunternehmen zu beschäftigen, um diese zu verhindern. Umgekehrt würde die Nichtwahrnehmung von Sorgfaltspflichten den Betroffenen ein starkes Argument in die Hand geben, wenn sie im Schadensfall Wiedergutmachung verlangen.

JUSTICE

SORGFALTSMASSNAHMEN

Due Diligence ist ein praktisches Werkzeug, das Unternehmen nutzen können, um ihrer Sorgfaltspflicht nachzukommen und sicherzustellen, dass ihre Handlungen keine negativen Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt haben.

In der Praxis bedeutet Due Diligence, dass ein Unternehmen seine Wertschöpfungsketten analysiert und Risiken für negative Auswirkungen identifiziert. Diese Analyse muss sowohl die Operationen des eigenen Unternehmens als auch jene von Tochterbetrieben, Zuliefern und Geschäftspartnern abdecken.
Wurden Risiken identifiziert und nach ihrer Wahrscheinlichkeit und Schwere eingestuft, muss das Unternehmen Handlungen setzen, um negative Auswirkungen zu verhindern.

Dies kann bedeuten, gewisse Tätigkeiten einzustellen oder zu verbessern. Das Unternehmen muss kontinuierlich die Wirksamkeit der gesetzten Maßnahmen im Blick behalten und gegebenenfalls anpassen und verfeinern.

Die in diesem Prozess gesammelte Informationen sollten transparent gemacht werden und zur Überprüfung zur Verfügung stehen. Alle Interessensgruppen, die von den Aktivitäten des Unternehmens betroffen sein könnten, sollen in die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen eingebunden werden
Mit Hilfe von *Due Diligence* kann Schaden verhindert werden. In den meisten Ländern ist es aber nicht gesetzlich vorgeschrieben, ein solches System einzuführen.

Deshalb brauchen wir eine europäische Gesetzgebung, die menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltsmaßnahmen für in der EU tätige Unternehmen verpflichtend macht.

Kann das Gesetz eine Sorgfaltspflicht vorschreiben?

Die Sorgfaltspflicht wurde in einer Reihe von freiwilligen Instrumenten wie den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen festgeschrieben.
Diese freiwilligen Maßnahmen haben sich als unwirksam erwiesen.

Infolgedessen sind einige Mitgliedstaaten dabei, diese Maßnahmen in verbindlichen Gesetzen zu verankern. So hat Frankreich 2017 ein Gesetz über die Wachsamkeitspflicht für Unternehmen verabschiedet, in dem eindeutig festgelegt ist, dass die Sorgfaltspflicht eines der Instrumente ist, die Unternehmen einsetzen sollten, um Menschenrechtsverletzungen und negative Umweltauswirkungen zu verhindern.

Die EU verfügt zwar noch nicht über allgemeine Rechtsvorschriften zur Sorgfaltspflicht, hat aber bereits Sorgfaltspflichten in Gesetze aufgenommen, die bestimmte Sektoren regeln, wie z. B. die Verordnung, die Unternehmen, die Seltene Erden und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten importieren, zu Sorgfaltspflichten verpflichtet.